

Working Group VI

Working document 12

Working group VI Economic governance

Members of Working Group VI will find attached a paper by Mr. Peter Glotz.

**Beitrag von Peter Glotz, Mitglied des Konvents, Arbeitsgruppe VI "Ordnungspolitik" zu den
Vorschlägen für Vertragsänderungen/ Ergänzungen auf Basis der am 17.7. verteilten
Referenztexte**

Ich halte Änderung von Artikel 2, 105, 4, 98, 104, 111, 202 EG-Vertrag nicht für sinnvoll. Auch sollte der Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht in den Vertrag aufgenommen werden.

In Titel VII „Wirtschafts- und Währungspolitik“, Art. 99 EGV, kann jedoch die reine Überwachungsfunktion i.S. des Art. 99 Abs. 3 EGV vollständig der KOM übertragen werden. Die bestehenden Zuständigkeiten im Rahmen des Art. 99 Abs. 2 und 4 EGV blieben davon unberührt. Bei den Steuervorschriften sollte in Art. 93, 94, 175 Abs. 2 1. Tiert EG-Vertrag das Einstimmigkeitsprinzip für Entscheidungen des Rates aufgehoben werden und statt dessen ein weitgehender Übergang zu Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit stattfinden.

Vertragsänderungen in Titel VII „Wirtschafts- und Währungspolitik

Änderung des Art. 99 Absatz 3 Unterabsatz 1 EG-Vertrag

"Um eine effiziente Koordinierung der Wirtschaftspolitik und eine dauerhafte Konvergenz der Wirtschaftsleistungen der Mitgliedstaaten zu gewährleisten, überwacht die Kommission anhand von Berichten an den Rat die wirtschaftliche Entwicklung in jedem Mitgliedstaat und in der Gemeinschaft sowie die Vereinbarkeit der Wirtschaftspolitik mit den in Absatz 2 genannten Grundzügen und nimmt in regelmäßigen Abständen eine Gesamtbewertung vor."

Vertragsänderungen in Titel VI, Kapitel 2, "Steuerliche Vorschriften"

Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips für Entscheidungen des Rates in Art. 93, 94, 175 Abs. 2 1. Tiert EG-Vertrag, statt dessen weitgehender Übergang zu Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit:

- *Bei den indirekten Steuern sollte die qualifizierte Mehrheit zur Regel werden; wenige abschließend aufgezählte Bereiche (die Festsetzung der Steuersätze, die Festlegung der Steuersatzstrukturen und des Besteuerungsortes, der Übergang zu einer endgültigen Umsatzsteuerregelung) sollten weiterhin einstimmig entschieden werden.*
 - *Bei den direkten Steuern Übergang in die qualifizierte Mehrheit für Maßnahmen zur Beseitigung des schädlichen Steuerwettbewerbs, die Beseitigung unmittelbarer Hemmnisse für den freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- oder Kapitalverkehr sowie die Verhinderung von Doppel- oder Nichtbesteuerung.*
 - *Bei der Umwelt- und Energiebesteuerung sollte ebenfalls mit qualifizierter Mehrheit entschieden werden können.*
 - *Auch sollten die Bestimmungen zur Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden insbesondere auf dem Gebiet der Betrugsbekämpfung mit qualifizierter Mehrheit entschieden werden.*
-